

# WLADISLAW HEDELER

## Wahlkampf in Rußland. Ein Rückblick auf das entscheidende halbe Jahr

Wladislaw Hedeler –  
Jg. 1953, Philosophie-  
historiker, Berlin.

Drei Tage, bevor Helmut Kohl in Moskau eintraf, gab Boris Jelzin seine Entscheidung bekannt, wieder für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. Es blieb nicht die einzige Neuigkeit, die der Präsident beim Besuch in seiner Heimatstadt Jekaterinburg heiser, aber bestimmt seinen Landsleuten und der Welt mitteilte. Wie seine Vorgänger und einstigen Genossen bei vergleichbaren Reisen durch die Provinz, erteilte er Ratschläge, verteilte Geld und bestrafte vom Wege abgekommene Regierungsbeamte, Abgeordnete und Bürokraten, die von 1993 bis 1994 u.a. Edelmetalle und Edelsteine im Wert von 171,6 Millionen Dollar in die USA verschoben haben sollen.

Jelzin nutzte die Reise, um endlich den Schlußpunkt unter die in der russischen Presse seit sechs Monaten immer wieder aufgegriffene Affäre um den stellvertretenden Vorsitzenden der Regierung der Russischen Föderation B. G. Fjodorow, den Vorsitzenden des Komitees für Edelmetalle und Edelsteine E. M. Bytschkow und den Abteilungsleiter Finanzen, Haushalt und Geldzirkulation in der Regierung der Russischen Föderation I. D. Moskowski zu setzen. Damit hatte ihre Karriere als Abgeordnete bzw. Mitglieder der Kommission des Sicherheitsrates der Russischen Föderation für Sicherheit der Wirtschaft ein Ende. Gegen den ehemaligen Generalstaatsanwalt Aleksej Iljuschenko wurde ein Verfahren eingeleitet. Das gab es bisher nur einmal in der russischen Geschichte, unter Katharina II.

Diese, von Jelzin in aller Öffentlichkeit ausgesprochene Kritik zog in der Regel überstürzte Reaktionen nach sich. So wurde am selben Tag (am 15. Februar) Oleg Popzow, der Direktor der Gesamtrussischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft, dem 2. Kanal RTR, gefeuert. Schwarzmalerei und verlogene Information prägte die Berichterstattung dieses Senders, erklärte Jelzin gegenüber Journalisten beim Besuch in seiner Heimatstadt Jekaterinburg. Popzow hatte es darüber hinaus gewagt, ein Buch unter dem Titel »Chronik der Zeit des Zaren Boris« zu publizieren.<sup>1</sup> Wenige Tage vor dem Sturz des Intendanten wurde Wjatscheslaw Kostikow, der ehemalige Pressesekretär des Präsidenten und Botschafter im Vatikan, abgestraft. Auch er hatte ein Buch über die Sitten am Hofe geschrieben und sich auf diese Weise vom Präsidenten verabschiedet.

NTV, der unabhängige Fernsehsender, hatte den Botschafter interviewt und eine Lesung ins Programm aufgenommen. Darauf-

1 Das Buch ist bei Edition Q unter dem Titel »Boris Jelzin. Der Präsident, der nicht zum Zaren wurde. Rußland und der Kreml 1991 - 1995« erschienen.

hin wurde den Journalisten dieses Senders der Zugang zum Kreml verwehrt und ein Feldzug gegen die in Moskau aufgestellten Werbetafeln des Fernsehsenders gestartet. Zuvor hatte es die »Puppen« getroffen. Den Machern der mit »Hurra Deutschland« vergleichbaren Puppensendung wurden Devisenvergehen und Beleidigung von Politikern vorgeworfen. Nach der Verhaftung des Generalstaatsanwaltes wurde das Verfahren eingestellt. Inzwischen ist auch der für die Nachrichten im ersten Kanal verantwortliche Redakteur ausgetauscht worden.

Jelzin setzte um, was auf dem Transparent, das während seiner Rede in Jekaterinburg zu sehen war, stand: »Jelzin – silnaja Rossija« – Jelzin verkörpert das starke Rußland. Solange er nicht vom ausgearbeiteten Manuskript abwich, konnte man es ihm glauben. Mit bewegungslosen Gesichtern lauschten die geladenen Bürger der Rede ihres Präsidenten. Die Kommentatoren und die von Jelzin kritisierten Beamten waren nicht so zurückhaltend, immer wieder war von den Beratern, die ihren Chef nicht richtig informierten, die Rede.

Das Land habe sich verändert, nur die Machthaber nicht, kommentierte Oleg Popzow in einem Interview für die »Iswestija« Jelzins Überraschungsangriff. Popzow hatte es satt, auf Jelzins Kommando »Bei Fuß!« zu reagieren. Seine Vorstellung von Meinungsfreiheit und Treue unterscheide sich von der jener Schreiberlinge und Zuträger aus Jelzins Umgebung. Popzow, der seit 1990 zu den Anhängern Jelzins gehörte, ist kein Einzelfall. Im letzten halben Jahr haben viele Berater Jelzin den Rücken gekehrt. Sergej Filatow, ehemaliger Leiter der Kanzlei des Präsidenten, wandte sich am 18. Februar mit einem Schreiben an Jelzin, in dem er bezugnehmend auf die Absetzung von O. Popzow und des Vizepremiere A. Tschubais den Präsidenten aufforderte, sorgsamer mit seinen Anhängern umzugehen. Jelzins Vorgehen schwäche die Demokraten, entfremde sie der Regierung und diene letzten Endes nur den Kommunisten, gab Filatow zu bedenken. Er mußte es wissen, denn ihm oblag die Leitung und Koordinierung der Wahlkampagne des Präsidenten.

Der Landesvater zeigte sich in Jekaterinburg auch von seiner guten Seite. Er fuhr mit der Metro, versprach Geld aus seinem bescheidenen Präsidentenfonds und gewährte Audienzen. Der Schokoladenfabrik wurden 10 Millionen Dollar überwiesen, 7 Millionen bekam die Region für die Produktion von Kindernahrung, 5 Milliarden Rubel ein Krankenhaus für Veteranen. Für die Tilgung von Schulden gegenüber dem Staat wurden 50 Milliarden Rubel gewährt. Bis März werde sich in der Region vieles ändern, versprach der Präsident. Das gelte auch für Tschetschenien. Hier habe er zweifellos Fehler gemacht, gab Jelzin zu. Die Umrisse des angekündigten Wahlprogramms traten während der Rundreise deutlich hervor: Militärreform, Investitionen, Ankurbeln der Industrieproduktion und darauf fußende soziale Absicherung der Bevölkerung. Nach Angaben des Ministeriums für Arbeit waren 42.000 Unternehmen mit den Lohnzahlungen im Rückstand, einige Betriebe zahlten seit drei Monaten keinen Lohn, andere hielten die Lohngehälter zurück und ließen das Geld arbeiten.

Am gleichen Tage fand in Moskau die 4. Gesamtrussische Konferenz der KPRF statt, auf der offiziell Sjuganows Kandidatur bekanntgegeben wurde. Ein einziger Tagesordnungspunkt stand zur Debatte: »Die Aufgaben der Parteiorganisationen im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Wahl des Präsidenten der Russischen Föderation«. Während Jelzin noch Zeit zum Handeln blieb, mußten sich die Kommunisten vorerst auf Versprechungen beschränken. Sie riefen alle Bündnispartner aus dem linken Spektrum auf, für Sjuganow zu stimmen und darauf zu verzichten, einen eigenen Kandidaten zu nominieren. Viktor Anpilow, Führungsmitglied von »Werktägliches Rußland« und einer der vehementesten Kritiker des »Liberalen Sjuganow« folgte als einer der ersten dem Ruf »Für die rote Einheit!«. »Sawtra« lichtete Anpilow mit erhobener Faust vor einem Leninbanner ab.<sup>2</sup> Auch Sergej Baburin, Stellvertreter des Vorsitzenden der Duma, plädierte für einen gemeinsamen Kandidaten der Opposition.<sup>3</sup> In diesem Sinne sprachen sich auch die Delegierten der Konferenz des Bundes der Kommunistischen Parteien-KPdSU aus. Ein gemeinsamer Kandidat müßte auch ein von allen geteiltes Programm vertreten. An diesem wurde bereits gearbeitet, ebenso wie an der Zusammensetzung des Schattenkabinetts. Tulejew als Ministerpräsident steht schon fest.

2 Sawtra, Februar 1996, Nr. 7(115), S. 3.

3 M. Karpow: Baburin für einen Einheitskandidaten der Opposition, in: Nesawissimaja gaseta, 14. 2. 1996, S. 2.

Für die Medien war das ein Signal, die von den Kommunisten ausgehende »Gefahr« zu schildern. Weiß beginnt – Rot gewinnt, wurde in allen Varianten durchgespielt. In der Regel wurde die Angst vor der Revanche der Kommunisten geschürt und in das schaurige Bild des alles zermalmenden roten Rades der Geschichte gekleidet. Wenn die Kommunisten gewinnen, wird es sein wie 1917. Dieser Vergleich spielte auf der 4. Gesamtrussischen Konferenz der KPRF eine Rolle. Ryshkow verglich in seinem Diskussionsbeitrag die Situation mit 1917. Die national-patriotischen Kräfte müßten zu einer Faust verschmelzen und damit das verhaßte Regime zerschmettern. Weiter war der Presse der KPRF zu entnehmen, daß durchaus die Gefahr besteht, daß die Wahlen nicht stattfinden werden. Die Dumafraktion der KPRF hatte drei Gesetzesentwürfe vorgelegt, die eine normale Durchführung der Wahl garantieren sollen.

Diese Situation war für die KPRF nicht neu. In ersten Wahlanalysen wurden die Stärken und Schwächen der kommunistischen Partei benannt und Schlußfolgerungen für die Führung des Kampfes um die Präsidentschaft gezogen. 4/5 der Russen, die bereits 1993 die Abgeordneten der KPRF gewählt haben, stimmten 1995 wieder für diese Partei, hieß es in einer vom Zentrum zur Untersuchung der politischen Kultur Rußlands vorgelegten Analyse. Die Stimmenverluste der KPRF kamen solchen radikalen Bewegungen wie »Dershawa« und »Wlast narodu« zugute. Dafür entschieden sich bis zu 10 Prozent der Wähler für die KPRF, die zuvor Shirinowskis LDPR gewählt haben. Weitere 3-5 Prozent stimmten zuvor für die Agrarpartei und die »Frauen Rußlands«. 50 Prozent der Wähler der KPRF sind zwischen 26 und 55 Jahre alt. Lediglich 5 Prozent der Wähler sind unter 25 Jahre alt. Jabloko und die Demokraten liegen hier vorn, 15 bzw. 21 Prozent ihrer Wähler sind

jünger als 25. Die soziale Basis der KPRF sind die über 65jährigen. Bürger um die 70, d.h. Kriegsteilnehmer, wählen die Kommunisten, ihre um 10 Jahre jüngeren Geschwister, d.h. die Zeitgenossen des XX. Parteitag, wählen die Demokraten. 3 Prozent der Stimmen kommen aus Unternehmerkreisen. Weitere 50 Prozent der Wähler gehörten zur Mittelklasse (ingenieurtechnisches Personal, Spezialisten, Beamte und Werkstätige aus dem Dienstleistungssektor). Aus dieser Schicht kommt die überwiegende Masse der Wähler (65 Prozent) von Jabloko. Lediglich 13 Prozent der KPRF-Wähler gehörten der Arbeiterklasse an. 45 Prozent dieser Wähler haben die Partei der Macht gewählt. Es wäre ein Fehler, in der KPRF nur eine Partei der Erniedrigten und Beleidigten zu sehen. Immerhin verdienten über 30 Prozent ihrer Wähler zwischen 500 und 750.000 Rubel im Monat, jeder 10. Wähler der KPRF über 1.000.000. (Die Armutsgrenze liegt bei 250.000 Rubel).<sup>4</sup>

Die eigentliche Auseinandersetzung wurde zwischen diesen zwei Kandidaten geführt. Auf welchen Kandidaten sich die Demokraten einigen würden, stand damals noch nicht fest. Bis zum 2. März konnten die Initiativgruppen, die einen Kandidaten nominieren wollten, beim Zentralen Wahlbüro registriert werden. Es gab 45 solcher Initiativgruppen, die 31 Anwärter für das Amt des Präsidenten benannt haben.<sup>5</sup>

Nachdem Gajdars Vorstoß, Nemzow, den Gouverneur von Nowgorod, zu bewegen, sich als Kandidat der demokratischen Kräfte zur Wahl zustellen, scheiterte, schlug Gajdar vor, Jelzin bzw. Jawlinski zu unterstützen. Tschubais hatte sich nach kurzer Bedenkzeit für Jelzin entschieden und arbeitet seitdem in Jelzins Wahlkampfstab mit. Auch Tschernomyrdin wollte nicht gegen Jelzin antreten. Wenn es so weitergeht, werden sich die Bürger im Sommer zwischen zwei Kandidaten, die sie eigentlich nicht wollten, entscheiden müssen, warnten die Zeitungen. Einen Ausweg aus dieser Situation hatte Alexander Zipko aufgezeigt. Seiner Meinung nach müßten die Präsidentschaftswahlen in Rußland abgeschafft werden.<sup>6</sup>

Im Mai, einen Monat vor den Wahlen, dachte jedoch niemand mehr ernsthaft über Zipkos Vorschlag nach. Es war nicht mehr davon die Rede, die Wahlen abzuschaffen, sondern »höchstens« davon, sie zu verschieben. Jede dieser Meldungen wurde selbstverständlich sofort dementiert. Als die elf Namen<sup>7</sup> umfassende Liste der Anwärter auf das Präsidentenamt feststand, war die Stunde der Demoskopen gekommen.<sup>8</sup>

Nachdem sich das Land von den Maifeiertagen erholt hatte, rückte Sjuganows Wahlkampf tour, die in Jelzins Heimatstadt ihren Abschluß fand, sowie die zwischen Jawlinski und Jelzin nicht zustandgekommene Übereinkunft in den Mittelpunkt der Berichterstattung über den Beginn der heißen Phase im Wahlkampf. Jawlinski hatte ein Angebot Jelzins nach dem anderen ausgeschlagen, ein eigenes Programm verkündet und jene immer wieder hingehalten, die ihn als Bündnispartner gewinnen wollten. »Ein Demokrat als Präsident, ein Kommunist als Stellvertreter« – diese Formel stand in zahlreichen Variationen immer wieder zur Diskussion. Jawlinski legte sie anders aus als Shirinowski, Lebed wieder-

4 Wem folgen die Randgruppen und hinter wem schreitet die »Mittelklasse«, in: Prawda 5, 16.-23. 2. 1996, S. 8-9.

5 Iswestija, 17. 2. 1996, S. 2. Es handelt sich um den Vorsitzenden der Vereinigung der russischen Gewerkschaften A. Alexejew, den Dumaabgeordneten W. Brynzalow, A. Barkaschow, den Dumaabgeordneten B. Fjodorow, S. Fjodorow, M. Gorbatschow, den Dumaabgeordneten B. Gromow, G. Jawlinski, B. Jelzin, den Rentner J. Koltunow, A. Lebed, den Präsidenten des russisch-finnischen Unternehmens A. Lobanow, N. Lyssenko, den Generaldirektor W. Morosow, B. Nemzow, A. Ruzkoj, den Konzernchef A. Sawidija, W. Shirinowski, den Institutsdirektor A. Sidorow, G. Sjuganow, den Chefredakteur der Volkszeitung S. Skworzow, W. Smirnow, die Dumaabgeordnete G. Starowojtowa, den Unternehmer S. Syrjanow, den Gewerkschaftsfunktionär A. Tarasow, W. Tschernomyrdin, A. Tulejew, L. Ubo-shko, den Bankier W. Uschakow, den Schriftsteller J. Wlasow, den Rentner W. Woronin.

6 A. Zipko: Die Präsidentschaftswahlen in Rußland müssen abgeschafft werden, in: Nesawissimaja gaseta, 20. 2. 1996, S. 5.

7 Boris Jelzin, Gennadi Sjuganow, Grigori Jawlinski, Wladimir Shirinowski, Alexander Lebed, Swjatoslaw Fjodorow, Michail Gorbatschow, Martin Schakkum, Juri Wlasow, Wladimir Brynzalow, Aman Tulejew.

8 Nach Berechnungen des

von Juri Lewada geleiteten WZIOM konnten Sjuganow und Jelzin von Januar bis Mai ihre Quoten von 20 auf 27 bzw. 8 auf 28 erhöhen. Jawlinskis Quote sank im gleichen Zeitraum von 13 auf 9 Punkte.

Siehe: Juri Lewada: Koalitionen gibt es immer noch nicht, in: Iswestija, 14. 5. 1996, S. 1,2.

9 Jawlinskis Brief im Wortlaut in: Nesawissimaja gaseta, 18. 5. 1996, S. 1, 2.

10 Interfax meldete, daß Swjatoslaw Fjodorow Boris Jelzin diesen Vorschlag am 15. 5. 1996 unterbreitete.

11 Jawlinski hat in Petersburg sein Programm verkündet, in: Nesawissimaja gaseta, 14. 5. 1996, S. 2.

12 Iwan Rodin: Sjuganow - der Führer der neuen Kräfte, in: Nesawissimaja gaseta, 17. 5. 1996, S. 2.

13 Viktor Trushkow: Warum sich die Plattform des kommunistischen Kandidaten vom Parteiprogramm unterscheidet, in: Prawda, 18. 5. 1996, S. 2.; Appell des 6. Plenums des ZK der KPRF an die Kommunisten und unsere Mitstreiter, in: Prawda, 21. 5. 1996, S. 1.

14 Anatolij Saluzkij: Präsident oder Generalsekretär? in: Prawda, 17.-24. 5. 1996, S. 5.

um anders als Sjuganow. Während Jawlinski nicht beabsichtigte, die Macht mit jemandem zu teilen und von Jelzin die Zusage verlangte, Tschernomyrdin, Soskoweit, Gajdar und Gratschow in die Wüste zu schicken<sup>9</sup>, plädierte Sjuganow für eine Koalitionsregierung<sup>10</sup> der demokratischen Opposition. Shirinowski äußerte sich ähnlich, wollte aber die Posten schon vorher aufgeteilt wissen. Lebed trat demonstrativ als starker Mann in Siegerpose vor die Wähler. Alle wollten Jawlinski als Vizepräsidenten.

Letzterer hatte als einer der ersten sein Programm vorgelegt.<sup>11</sup> Damit war er seinen Kontrahenten einen Schritt voraus. Wer nach ihm mit vergleichbaren Forderungen hervortrat, geriet schnell in Verdacht, nicht über ein eigenes Programm zu verfügen. Besonders schwer hatte es Sjuganow. Das von der »Komsomolskaja Prawda« publizierte Wirtschaftsprogramm der KPRF sei eine Fälschung, hieß es am Tage nach der Veröffentlichung.<sup>12</sup> Die KP behielt sich rechtliche Schritte gegenüber der Zeitung vor. Diese Zurückhaltung, programmatische Erklärungen zu veröffentlichen, stand im Zusammenhang mit der auf Hochtouren laufenden antikommunistischen Kampagne. Die KPdSU hatte den Bürgern immer das Blaue vom Himmel versprochen, sagte ein Sprecher der KPRF. Seine Partei habe aus den Fehlern ihrer Vorgängerin gelernt. Alles was im Wahlkampf veröffentlicht wird, müsse vorher genau geprüft werden.

Unmittelbar nach Sjuganows Rückkehr in die Hauptstadt fand das 6. Plenum des ZK der KPRF<sup>13</sup> statt, auf dem der Wahlkampf – wenn man den Medien Glauben schenkt – ausgesprochen kritisch eingeschätzt worden ist. Die Rundreise des Parteivorsitzenden durch Jelzins Hochburg habe nicht den erwarteten Erfolg gebracht. Sjuganow konnte sich in den Gesprächen mit den Gouverneuren nicht als selbständiger Politiker darstellen. Sogar die Parteizeitungen griffen die Frage, ob er als Präsidentschaftskandidat oder Generalsekretär durchs Land reiste, auf.<sup>14</sup> Zwar konnte der durch die Berichterstattung der »Amurskaja Prawda« ausgelöste Konflikt Sjuganows mit der Parteiführung schnell beigelegt werden, aber er zeigte, wie abhängig der sich gern als Integrationsfigur darstellende Sjuganow dennoch war. Viele der anwesenden Genossen nahmen Sjuganow die ihm abgerungene Verurteilung des stalinistischen Terrors übel.

Sjuganows unmittelbar auf das Plenum folgende Treffen mit Vertretern der Russischen Orthodoxen Kirche zeigte den Kandidaten der KP wieder als Integrationsfigur. Doch für die Medien war W. Kupzow, Sjuganows Stellvertreter, der eigentliche Sieger in den parteiinternen Auseinandersetzungen. Auf seine Initiative wurde G. Selesnew als ZK-Sekretär abgelöst. Er sollte sich von nun an voll und ganz der Arbeit in der Duma widmen. Sjuganows Abwehr der Angriffe Anpilows auf die Banken – der Radikalkommunist forderte, alle Geldinstitute zu verstaatlichen – war dagegen nur ein bescheidener Sieg.

Derartige Meldungen wurden in den TV-Nachrichten nur von der »Hofberichterstattung« übertroffen. Zu vermelden gab es genug. Der Präsident traf sich mit den Regierungschefs der GUS-Staaten und mit Gouverneuren. Am 16. 5. 1996, dem 8. Jahrestag des Ab-



zugs der Truppen aus Afghanistan, unterschrieb er den Erlaß Nr. 722 über die Umwandlung der Armee in ein Berufsheer und erklärte, nach Tschetschenien reisen zu wollen.<sup>15</sup>

Einige überregionale Tageszeitungen schalteten Annoncen, in denen die Bürger aufgefordert wurden, unter der angegebenen Rufnummer das »Telephon des Vertrauens« anzuwählen. Boris Nikolajewitsch würden die auf Band gesprochenen Texte anhören, eine Auswahl solle im Rundfunk gesendet werden. Den Begleittext, eine Lobeshymne auf die Leistungen des Präsidenten hatte die Rentnerin Vera Sergejewna Kirillowa geschrieben.<sup>16</sup> Um die Gunst dieser Wählergruppe stritten vor allem Jelzin und Sjuganow.

Wie immer vor den Wahlen wurden auch diesmal die Renten erhöht und mitgeteilt, daß die Ersparnisse der 1916 und früher geborenen Bürger nicht der Inflation zum Opfer fallen. Die Zahl der Rentner, die nicht mehr unter dem Existenzminimum leben mußten, nahm zu. Die »Prawda« reagierte sofort auf diese Kampagne: Unter der Schlagzeile »Die Veteranen – dem Präsidenten« wurden Jelzins Leistungen in den zurückliegenden fünf Jahren resümiert. Das Land zerstört, die Bürger ins Elend getrieben – so lautete der Grundtenor der in der »Prawda« veröffentlichten Leserbriefe.<sup>17</sup> »Vorwärts« konnte nur »weg vom Abgrund« bedeuten. Als Beispiel für gute Wahlagitation druckte die Zeitung der KPRF, »Prawda Rossii« einen Dialog zwischen einem Liberalen und einem Arbeiter ab. Es ist dem Gespräch zwischen einem Arbeiter und einem Intellektuellen aus John Reeds »10 Tage, die die Welt erschütterten« nachempfunden.<sup>18</sup>

Die für viele relevante Frage lautete, wie sich Jawlinski entscheiden würde. Sjuganow und Jawlinski lagen in den Meinungsumfragen lange Kopf an Kopf.<sup>19</sup> Als sich abzeichnete, daß es nicht zu einer Übereinkunft zwischen Jawlinski und Jelzin kommen würde, tauchten Wahlplakate mit Jawlinskis Porträt und der programmatischen Aussage »Ich wähle die Freiheit« auf. Jawlinskis Anhänger drückten den Passanten die Kopie eines Briefes an einen Sympathisanten in die Hände, in dem begründet wurde, daß die Entscheidung für Jawlinski nicht den Sieg Sjuganows begünstige. So, wie Jawlinski mit dem Präsidenten umspringt, hat er keine Chance auf Erfolg, kommentierte Lebed Jawlinskis Forderungskatalog gegenüber der Presse. Wenn Jelzin Jawlinskis Ultimatum befolgt, kann er sich gleich im Klo runterspülen, brummte der General ins Mikrofon. Jawlinski spreizte sich noch eine Weile, pochte auf einen Gesprächstermin mit Jelzin. Doch nun wollte Jelzin nicht mehr, er hatte ihm dreimal erfolglos den Hof gemacht, jetzt war das Maß voll. Damit war auch das Projekt einer dritten Macht gescheitert. Gajdar bemerkte gallig, Jawlinski besitze eine ganze Bibliothek selbstverfaßter Programme. Anstatt zu versuchen, eines davon zu verwirklichen, schreibt er lieber ein neues. Er sei ein eitler Intellektueller, kein Politiker.

Lushkow, der für das Amt des Moskauer Bürgermeisters kandidierte, ließ sich mit Jelzin vor dem Triumphbogen ablichten und die Fotos überall in Moskau verteilen. »Die Moskauer haben ihre Wahl getroffen«<sup>20</sup> stand auf den Wohnwagen, aus denen heraus die Moskauer mit den Zeitungen, Flugblättern und Bildchen versorgt

15 Der Termin war nicht zufällig gewählt. General Gromow, der den Abzug leitete, wurde von diesem Tage an in der Presse als Nachfolger von Gratschow bezeichnet.

16 »Guten Tag. Im Radio hörte ich die Frage, wie wir leben und wie wir leben werden ... Ich bin Kriegsinvalide, war vier Jahre an der Front, Funkerin bei den »Katuschas«. Ich habe drei Kinder, vier Enkel und zwei Urenkel. Ich bin froh, gesund und am Leben zu sein. Alle haben es jetzt schwer. Aber ich lebe besser und besser und besser. Ich wünsche, daß alle meine Kinder und Enkel arbeiten, und dann wird wirklich alles gut. Wie lebt denn die Familie... Wenn alle Arbeit haben, ist zu Hause alles in Ordnung, daß heißt, alles ist gut. Und ich denke, es muß auch in unserer Familie so sein. Meine Kinder sind, Gott sei Dank, nicht im Handel, nicht im Business tätig. Sie arbeiten einfach, arbeiten ehrlich. Ich bin stolz auf sie. Mein Mann ist schon lange tot. Und wissen Sie, ich klage nie über mein Schicksal. Bei der Regierung aber muß ich mich bedanken, muß ihr ein großes Dankeschön sagen. Und natürlich werde ich nur für Jelzin und Lushkow stimmen. Nicht, weil ich die anderen nicht will. Ich bin eben ein Mensch, der wenn er sich einmal entschieden hat... Mich hat doch niemand gezwungen... Und ich zwingt auch meine Kinder nicht. Wir werden trotzdem für die Kandidaten stimmen, die ich genannt habe. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Bleiben Sie gesund.« Dieses Grundmuster wird von Ausgabe zu Ausgabe variiert. Siehe Iswestija, 17. 5. 1996, S. 3.

»Guten Tag. Ich heiße Alexandra Matwejewna Tscheljuschkina. Ich will sagen, daß die Breshnewzeit, und überhaupt die Verhältnisse, in denen wir früher gelebt haben, nicht die besten waren. Mein Mann und ich, wir hatten drei Kinder, Er wollte immer etwas dazu verdienen, aber man ließ in nicht ... Unser Leben war schwer, wir schlugen uns gerade so durch ... Wie können wir da die Kommunisten wählen, die den Menschen nicht gestatteten, zu leben ... Ich denke, daß es immer besser wird. Man muß Jelzin wählen.«

17 Briefe aus und in den Kreml,  
in: Prawda, 16. 5. 1996,  
S. 1.

18 Wladimir Gedikow:  
Vorwärts heißt weg vom  
Abgrund. Wie ich für Genna-  
di Sjuganow agitiere,  
in: Prawda Rossii,  
16. 5. 1996, S. 1.

19 »Die dritte Kraft« bei  
den Wahlen. Chancen auf  
Erfolg. Wenn sich die  
Wähler zwischen Jelzin und  
Jawlinski entscheiden müß-  
ten, entfielen auf Jelzin 33  
Prozent, auf Jawlinski 26  
Prozent. 14 Prozent seien  
unentschieden, 27 Prozent  
würden keinen von beiden  
wählen. In der Konstellation  
Sjuganow-Jawlinski war das  
Abstimmungsverhalten ähn-  
lich. 36 Prozent für Sjugan-  
ow, 31 Prozent für Jawlinski.  
13 Prozent wollten sich  
noch nicht festlegen und  
20 Prozent würden keinen  
von beiden wählen.  
Nesawissimaja gaseta,  
16. 5. 1996, S. 2.

20 Eine Woche später  
mußte man genau hinse-  
hen, wofür sich die Bürger  
entschieden hatten. Den

wurden. Lushkow und Jelzin stellten sich als richtige Männer und richtige Politiker vor und versprachen den Müttern Kindergartenplätze und kostenlose Milchprodukte, den Rentnern Freifahrtscheine und Wohnungen, den Studenten die Freiheit.

»Wir sind bereit, die Verantwortung zu übernehmen«, äußerte Sjuganow<sup>21</sup> immer wieder. Er hatte eine Wahltournee durch fünf- und zwanzig Regionen des Landes, in denen zwei Drittel seiner Wähler lebten, hinter sich. Scheinbar unbeeindruckt von der gegen ihn und seine Partei entfesselten Pressekampagne versammelte er eine Woche vor dem Wahltag über 8.000 seiner Anhänger im Sportpalast in Lushniki.<sup>22</sup> Aman Tulejew nutzte die Veranstaltung, um seine Kandidatur zugunsten Sjuganows zurückzuziehen. Der »wie immer optimistische« Anpilow setzte sich dafür umso mehr ins Bild. Die »Iswestija« nahm ihn beim Wort und präsentierte den Lesern eine Fotomontage, die die von Anpilow erwähnten russischen Männer an der Seite Sjuganows auf der Tribüne des Lenin-Mausoleums zeigt. Unter ihnen waren Peter I., Puschkin, Dostojewski, Stalin, Lenin, Alexander Newski, Lermontow, Stenka Rasin, Radoneshskij und Dmitri Donskoj.<sup>23</sup> In einem nach der Veranstaltung im Sportpalast aufgenommenen Interview legte Anpilow dar, wie er sich die Programmgestaltung im Fernsehen nach dem Wahlsieg der Kommunisten vorstellt. Es ginge nicht an, daß Juden die Programmgestaltung im russischen Fernsehen bestimmen. Er als Russe fühle sich dadurch beleidigt und diskriminiert. Auf die Frage, was er zu den antisemitischen Äußerungen seines Bündnispartners sage, antwortete Sjuganow nur, jede in der Föderation lebende Volksgruppe müßte im russischen Fernsehen gleichberechtigt vertreten sein.

Kurz vor der Wahl wurde gemeldet, daß die Kommunisten einen Umsturz vorbereiten. Diesmal würden sie nicht mit der Besetzung des Telegrafenamtes beginnen, sondern mit der Unterwanderung der Wahlkommissionen. Wenn die KP die Absicht äußert, Wahlbeobachter in jedes Wahllokal zu entsenden, glaubt sie nicht an die Ehrlichkeit der anderen Kandidaten. Da dies zutiefst undemokratisch sei und einem Angriff auf die Verfassung gleichkäme, meldete sich der Leiter des Zentralen Wahlbüros zu Wort. Er prüfe, teile er den Journalisten mit, ob gegen die KPRF rechtliche Schritte eingeleitet werden müßten. Gerüchte kamen auf: Jelzin werde die Kommunistische Partei nach dem ersten Wahlgang verbieten, die Kommunisten wollen dem Verbot durch eine Umbenennung entgehen. Moskauer Tageszeitungen veröffentlichten ein Geheimpapier<sup>24</sup> aus den Chefetagen der KP nach dem anderen. Die KP, deren »Kurzen Lehrgang« die Iswestija am 14. Juni präsentierte, werde in Zukunft unter einem sozialdemokratischen Aushängeschild agieren, hieß es unter Rückgriff auf »gut unterrichtete Kreise«.<sup>25</sup> Nicht alle Kommunisten zeigten sich so zurückhaltend wie die KPRF-Führung. »Golos Kommunista« veröffentlichte im Mai 1996 das neue Statut und das neue Programm der Russischen Kommunistischen Partei-KPdSU, die in den neuen Dokumenten vom Wahlsieg des kommunistischen Spitzenkandidaten ausgeht.

Nachdem Gasprom 30 Prozent der Aktien von NTV erworben hatte, sei der Sender noch unabhängiger geworden, gab der Inten-

dant bekannt. Was es bedeutet, von Tschernomyrdins Hausmacht finanziert zu werden, wurde am Sonntag vor dem ersten Wahlgang deutlich. Jelzin gab der unabhängigen Fernsehgesellschaft ein langes Interview, in dem er als Sieger vor die Kameras trat. Ein zweiter Wahlgang – betonte er mehrmals – käme für ihn nicht in Frage, denn er werde bereits im ersten die absolute Mehrheit erringen. Seiner Mannschaft habe er regelrecht verboten, die Zeit mit Gedanken an einen zweiten Wahlgang zu verschwenden.

Lebed und Jawlinski dementierten ein letztes Mal Sjuganows Äußerung, es habe Absprachen über eine mögliche Koalition zwischen ihnen gegeben. Ihre Anhänger waren drei Tage vor der Wahl auf den zentralen Plätzen der Hauptstadt und Umsteigebahnhöfen der Moskauer Metro anzutreffen. Sie verteilten Wahlzeitungen mit Informationen über ihren Spitzenkandidaten und den Aktionsprogrammen, die unmittelbar nach dem Wahlsieg in Angriff genommen werden sollten.

Lebed, der in den Meinungsumfragen vor Jawlinski lag, versprach Wahrheit und Ordnung<sup>26</sup>, Jawlinskij umriß sein Vorgehen in den ersten 100 Tagen<sup>27</sup>. Fjodorow und Shirinowski hielten sich zunächst mit Dementis zurück. Fjodorow bestätigte, daß es ein Treffen mit Sjuganow gegeben habe, wick aber einer Antwort auf die Frage nach Koalitionsgesprächen aus, Shirinowski gab zu, Stimmen gegen Posten tauschen zu wollen. Sjuganow, konfrontiert mit der Frage eines Journalisten, warum er nicht Jawlinskis Angebot angenommen habe, sich im Fernsehen zu einem Streitgespräch zu treffen, antwortete gekränkt, wenn Jawlinski ihn einlade, dann solle er sich auch persönlich an ihn wenden. Auf Einladungen, die ihn über die Medien erreichen, reagiere er nicht. Gleichzeitig zeigte er sich überrascht, daß Jelzin seinen ebenfalls auf diesem Wege geäußerten Vorschlag zum Streitgespräch nicht angenommen hat. Jelzin war wieder auf Wahltournee, diesmal in Sjuganows Hochburgen, im sogenannten »Roten Gürtel«.

»In Rußland läßt sich alles in Ordnung bringen. Sogar Wahlergebnisse«, warnte die »Iswestija« in der Ausgabe vom 8. Juni. Der Chef der Zentralbank zeigte sich vorsichtiger. Falls sich Jelzin während seiner letzten Wahlkampfreise nicht zurückhalten und weiter so mit Geld um sich werfen sollte, wäre die Staatskasse bald leer.

Lebed und Sjuganow traten als bodenständige, mit Land und Leuten verbundene Politiker auf. Beide bekannten sich ausdrücklich zu ihrer Biographie. Jelzin hingegen erinnerte immer nur an die letzten fünf Jahre. Schon deshalb ließ er keine Chance aus, sich, wann immer es ging, auf die Geschichte zu berufen. Lange vor seiner Abfahrt in die Rostower Region hatte die Rehabilitationskommission einen Informationsbericht über die Niederschlagung der Arbeiterunruhen in Nowotscherkassk vorbereitet. Jelzin teilte während seines Besuches in dieser Stadt mit, daß er angewiesen habe, alle Opfer innerhalb von zwei Wochen zu rehabilitieren und die Angehörigen zu entschädigen. Sjuganow hatte sich, im Unterschied zu Lebed, nicht einmal die Zeit genommen, einen Kranz am Denkmal in Nowotscherkassk niederzulegen. Die von Sjuganow in Moskau nachgeholte Verurteilung des Blutbades kam zu spät.

Wahlsport haben Produktwerber für Klimaanlage übernommen. Diesmal waren es nicht nur Moskauer, sondern bereits alle Russen, die nicht auf den Mengenrabatt verzichten wollten.

21 Prawda, 8. 6. 1996, S. 1-2.

22 Vgl. den Bericht über die Veranstaltung in der »Prawda« vom 11. 6. 1996, S. 1.

23 Iswestija, 13. 6. 1996, S. 1.

24 Ein neuer Hinweis auf die Zuspitzung des Wahlkampfes, in: Nesawissimaja gaseta, 8. 6. 1996, S. 1, 3.

Als Sjuganow diese Veröffentlichung als Provokation bezeichnete und zurückwies, veröffentlichte die Zeitung am 11. 6. 1996 den nächsten Bericht über die Putschabsichten der Kommunisten »Der Kreml schläft nicht«.

25 Die KPRF bereitet sich auf die Änderung des Aushängeschildes vor, in: Iswestija, 8. 6. 1996, S. 2.

26 Ordnung für alle! Wir werden noch auf Rußland stolz sein! Aktionsprogramm. 12 S.

27 Ich wähle Jawlinski. Sonderausgabe der Zeitung »Moskowskie worota«, Nr. 14, Juni 1996.



28 Die Prawda berichtete in der Ausgabe vom 11. 6. 1996 unter der Überschrift »Ernst Neiswestnyj ist nicht frei von ›Idiotismus‹ « (S. 8) über die Einweihung des Denkmals.

29 Prawda, 11. 6. 1996, S. 6.

30 Sjuganow antwortete der »Gruppe der 13«, in: Nesawissimaja gaseta, 15. 6. 1996, S. 1.

31 Jurij Lewada: Umfragen und Prognosen vor dem Ziel, in: Iswestija, 11. 6. 1996, S. 2. In der von Lewada vorgestellten Umfrage wurden folgende Zahlen genannt: Wahlbeteiligung ca. 70 Prozent, für Jelzin 36-40 Prozent, für Sjuganow 29-33 Prozent, von den anderen Kandidaten kommt keiner über 10 Prozent.

32 Fedor Burlatzki: Und dennoch Jelzin, in: Nesawissimaja gaseta, 11. 6. 1996, S. 2.

Während in Magadan<sup>28</sup> ein Denkmal für die im GULAG ermordeten und verstorbenen Häftlinge eingeweiht wurde, forderte Sjuganow in Moskau auf, sich der Geschichte unvoreingenommen zu stellen. Hätte Stalin noch ein oder zwei Jahre länger gelebt, wäre alles besser geworden, man hätte die Fehler vermieden, die eigentlich nicht die Stalins, sondern die Fehler seiner Gefolgsleute waren. Während die Medien auf die Kommunisten eindroschen, prügeln die Kommunisten auf Gorbatschow ein. Er war der Sündenbock, denn seine Politik hatte den Zerfall herbeigeführt. Anatolij Gromyko erinnerte die Prawdaleser unter der Überschrift »Politischer Striptease« an Gorbatschows Ausverkauf der Großmacht.<sup>29</sup>

Als dann endlich doch noch Sjuganows Wirtschaftsprogramm erschien, traten Unternehmer und Bankiers, die sich zur »Gruppe der 13« zusammengeschlossen hatten, mit einer Kritik dieses Programms hervor. Sjuganow, der diesen Dialog wollte, reagierte gelassen.<sup>30</sup> Die Wirtschaft werde nicht sechs Wochen nach seinem Wahlsieg zusammenbrechen, denn es gibt eigentlich nichts mehr, was überhaupt noch zusammenbrechen könnte. Was Jelzin mit dem »Zu-Ende-Führen der Reformen« meint, könnte er sich beim besten Willen nicht vorstellen. Nicht die Kommunisten, sondern Jelzin hatte den Befehl zum Einsatz des Militärs in Moskau und in Grosny gegeben, nicht die Kommunisten, sondern die Administration hatte die Landwirtschaft und die Industrie zerstört.

Drei Tage vor der Wahl durften keine Ergebnisse von Meinungsumfragen mehr veröffentlicht werden. In der vorhergehenden Woche hatten fast alle im Fernsehen befragten Meinungsforscher und Soziologen die Zuverlässigkeit der Hochrechnungen kommentiert, denen zufolge 37,8 Prozent der Wähler für Jelzin und 23,3 Prozent für Sjuganow stimmen würden. Es gab keinen, der Jelzins Äußerung, es werde nur einen ersten Wahlgang geben, ernst nahm. In den ausgestrahlten Interviews ging es häufig um Fehlerquoten und die Möglichkeit, Unsicherheitsfaktoren sowie die Wählerbewegung im voraus zu bestimmen.<sup>31</sup> Von nun an lautete ein Leitmotiv der Berichterstattung: »Die Russen werden das kleinere Übel wählen«. Dieser Voraussage schlossen sich die Publizisten Fedor Burlatzki und Alexander Bowin an, denn »eine richtige Wahl hätten die Russen nicht«, da sie sich wieder zwischen zwei ehemaligen Mitgliedern des ZK der KPdSU entscheiden müßten. Jawlinski, der das Blatt hätte wenden können, hat versagt, er sei kein Politiker, sondern eigne sich eher als Berater eines Generalgouverneurs.<sup>32</sup>

Eigentlich hat es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in Rußland nur zwei Politiker von Format gegeben: Jelzin und Gorbatschow. Lebed (er lag in den Umfragen zwischen 7 und 10 Prozent) hatte das erkannt und seine Position ihnen gegenüber klar und deutlich formuliert. Daß für Lebed ein Bündnis mit Sjuganow nicht in Frage kam, hatte er oft genug und für alle unüberhörbar zum Ausdruck gebracht. Die Organisation, die ihn als Spitzenkandidat nominierte, der Kongreß der Russischen Gemeinden, hatte sich öffentlich und mit Nachdruck – programmatisch und weltanschaulich – bereits vor einem Jahr von den Kommunisten

abgegrenzt. An Lebeds Programm »Wahrheit und Ordnung« ist unter diesem Blickwinkel nicht die Abgrenzung von der alten und neuen Nomenklatur von Interesse, sondern das auf seine Person hin zugeschnittene und in den Dokumenten des Kongresses der Russischen Gemeinden präzisierte Wirtschaftsprogramm.

Witalij Najschul, der Verfasser von Lebeds Wirtschaftsprogramm hat die in den Dokumenten des Kongresses der Russischen Gemeinden enthaltene Absage an die aus dem Westen importierte und für Rußland untaugliche Marktwirtschaft gestrichen. Lebed versprach, die Marktwirtschaft in Ordnung zu bringen. Recht und Gesetz werde er mit eiserner Faust durchsetzen. Damit griff er ein in der Bevölkerung verbreitetes Feindbild auf.<sup>33</sup> Shirinowski ist vor Jahren auf der Welle dieser Stimmungen ins Parlament gelangt. Aber bis zum wirklichen politischen Akteur hat er (in der letzten Umfrage vor dem ersten Wahlgang hatte er 4,7 Prozent der Wähler auf seiner Seite) es nicht gebracht. Lebed hat diese Chance bekommen, als ihn Boris Jelzin am Tag nach der Wahl zum Sekretär des Sicherheitsrates und Berater für Sicherheitsfragen ernannte.

Wer ein Russisches Roulette erwartet hatte, wurde Augenzeuge einer Rochade.

33 Aleksandr Lebed: Im Reich Ordnung schaffen, in: Sawtra, Nr. 23, 1996, S. 6.